

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

19.7.1928 (No. 167)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Hauptredakteur
E. Amend
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabat, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Rheinlandfrage im Unterhaus

Churchill über die Reparationsfrage

Im englischen Unterhaus richtete der Arbeiterpartei-Mitglied W. Churchill die Frage, ob die britische Regierung das vor kurzem gestellte Ersuchen des deutschen Reichskanzlers bezüglich der Rheinlanddrängung erwogen habe, und ob sie bereit sei, in wohlwollender Erwägung dieses Ersuchens zu handeln.

Chamberlain erwiderte, der deutsche Reichskanzler habe in seiner Reichstagsrede keine ausdrückliche Forderung bezüglich der Räumung des Rheinlandes gestellt, sondern lediglich dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß das besetzte Rheinland in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse noch vor Ablauf des durch den Vertrag von Versailles festgesetzten Zeitraums geräumt werden sollte. Die britische Regierung stehe dieser Ansicht wohlwollend gegenüber, aber eine vorzeitige Räumung könne, wie er bereits früher auseinandergesetzt habe, nur auf Grund einer besonderen Vereinbarung zwischen den Besatzungsmächten und Deutschland erfolgen, bei der neben den Besatzungsmächten auch andere Mächte gefragt werden müßten. Die britische Regierung sei jedenfalls bereit, etwaige Vorschläge, die von einer auf dieser Sache stärker interessierten Seite kämen, in wohlwollender Erwägung zu ziehen.

Churchill stellte sodann die weitere Frage, ob Chamberlain irgendwelche Initiative ergriffen habe in Anbetracht des Umstandes, daß Deutschland während der letzten drei Jahre sich entschieden allen militärischen Tendenzen abgewendet und sogar im vergangenen Jahre Vorschläge für ein Rüstungsprogramm abgelehnt hat, für dessen Durchführung es auf Grund der Versailleser Verträge berechtigt gewesen wäre. Chamberlain erwiderte, daß er zur Zeit es nicht für zweckmäßig halte, die Initiative für eine Zurückziehung der britischen Truppen im Rheinlande zu ergreifen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob in Anbetracht der kürzlichen Erklärungen des Reparationsagenten und des deutschen Reichskanzlers irgendwelche Schritte unternommen worden seien, um eine Konferenz der beteiligten Mächte zur gütlichen Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen herbeizuführen. Churchill erklärte, er habe mit Interesse von den angeführten Erklärungen Kenntnis genommen. Er sei selbstverständlich bereit, jeden Vorschlag zur Regelung der deutschen Reparation, der ihm unterbreitet werde, mit größter Aufmerksamkeit zu prüfen, vorausgesetzt, daß diese Vorschläge derart gehalten wären, daß sie die Rechte und Interessen des britischen Reiches sicherstellten und mit den Richtlinien der britischen Politik in Einklang ständen. Soweit er wisse, seien bisher in dieser Frage noch keine Vorschläge irgendwelcher Art formuliert worden, und er glaube nicht, daß es für die britische Regierung möglich oder tragbar sei, von sich aus in dieser Sache irgendwelches zu unternehmen.

Die englische Antwort auf die Kellogg-Note

Die britische Note, in der die Zustimmung der englischen Regierung zum Kriegsschlichtungspakt des Staatssekretärs Kellogg zum Ausdruck gebracht wird, wurde am Mittwoch dem amerikanischen Botschafter in London überreicht.

Im Unterhaus erklärte Chamberlain auf verschiedene Anfragen, die britische Regierung werde glücklich sein, den Vertrag zu der Zeit und an dem Orte zu unterzeichnen, die der Regierung der Vereinigten Staaten angenehm ist. Die Antwort werde am Freitag früh veröffentlicht werden. Die Vertreter des irischen Freistaates und des Dominion Kanadas in Washington würden ihre eigenen Antworten übergeben, die in günstigem Sinne gehalten sind, jedoch nicht den gleichen Wortlaut hätten.

In der belgischen Antwort heißt es: Der von der Washingtoner Regierung ausgearbeitete Wortlaut des Vertrages findet die volle Zustimmung der belgischen Regierung. Die belgische Regierung ist besonders glücklich, festzustellen, daß der geplante Vertrag die aus dem Völkerbündnispaakt und den Locarnoabkommen ergebenden Rechte und Verpflichtungen vollkommen aufrechterhält, die für Belgien die Grundlage seiner Sicherheit darstellen. Die Regierung des Königs wäre der Regierung der Vereinigten Staaten dankbar, wenn sie ihr das Datum und den Ort mitteilen wollte, die sie für die Unterzeichnung des Vertrages wählen wird.

Der tschechoslowakische Außenminister erklärte am Mittwoch im Ministerrat die Antwort der Tschechoslowakei, die er am Freitag dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Einstein, überreichen werde und werde im wesentlichen mit den Antworten Englands, Frankreichs und Deutschlands übereinstimmen. Die tschechoslowakische Regierung stimme der Unterfertigung des Kellogg-Paktes zu.

Die Abänderung der deutschen Urheberrechts-Gesetze. Im Anschluß an die Revision der Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, die im Mai d. J. in Rom stattgefunden hat, wird es voraussichtlich notwendig sein, die deutschen Urheberrechts-Gesetze zu ändern. Das gleiche Bedürfnis besteht, wie einer Mitteilung der österreichischen Regierung entnommen werden darf, auch in Österreich. Bei den weiteren gesetzgeberischen Vorarbeiten wird sich schon Gelegenheit bieten, die Frage der Rechtsangleichung zwischen Deutschland und Österreich auch auf dem Gebiete des Urheberrechts zu prüfen und zu fördern.

Freiwilligen an Londoner Schulen auch für deutsche Kinder. Der Londoner Grafschaftsrat hat dieser Tage eine Bestimmung aufgehoben, die deutschen und österreichischen Kindern in den Londoner Schulen die Erlangung von Stipendien oder Freistellen verwehrt.

Letzte Nachrichten

Tschiangkai-schek über die Zukunft Chinas

W. B. London, 19. Juli. (Tel.) „Times“ meldet aus Peking: General Tschiangkai-schek forderte gestern in einer Ansprache, die er vor Studenten hielt, diese auf, sich militärisch auszubilden zu lassen, um China vor dem Angriff der Imperialisten schützen zu können. Tschiangkai-schek erklärte, in fünfzehn Jahren werde China eine Armee und eine Flotte haben, die jeder anderen in der Welt gewachsen wären. Alle militärischen Führer werden in einigen Tagen nach Peking abreisen um der Benachrichtigung des Kuomintang beizuwohnen. Es wird erwartet, daß General Fenchuh-siang, der gegenwärtig in Honan weilt, sich ihnen unterwegs anschließen wird.

Gastbefehl im Fall Jakubowski

Pr. Berlin, 19. Juli (Priv. Tel.) Die „B. Z.“ meldet aus Neustrelitz: Staatsminister Frhr. v. Reibnitz hat heute vormittag den Staatsanwalt Bachmann, der jetzt die Anklagebehörde in der Sache Jakubowski vertritt, angewiesen, er möge beim Untersuchungsrichter des Landgerichts Neustrelitz einen Gastbefehl gegen den Pferdewechter Heinrich Wölter beantragen. Der Pferdewechter ist dadurch schwer belastet, daß er in der Hauptverhandlung gegen Jakubowski wichtige Tatsachen verschwiegen hatte, die Jakubowski zu entlasten geeignet waren.

Zur Ermordung des Präsidenten Obregon

Die Lage in Mexiko

W. B. New York, 19. Juli (Tel.) Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit der weiteren Gestaltung der politischen Verhältnisse in Mexiko. „Herald Tribune“ sucht auf Grund des bisherigen Verfassungsgeschichte nachzuweisen, daß Calles ohne eine Verletzung der Verfassung nach einer kurzen Präsidentschaft, etwa in Saenz als provisorischen Präsidenten, abermals zur Amtsführung zurücktreten könne. Eine ähnliche Ansicht wird auch von einigen politischen Kreisen Washingtons vertreten. — „New York Times“ ist der Ansicht, daß keinesfalls erste Komplikationen in Mexiko zu erwarten wären. — „New York World“ meint, die größte Tragödie des Todes Obregons liege in der Tatsache, daß kein jüngerer Nachfolger für den Verstorbenen vorhanden sei.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat Präsident Calles eine Rundgebung erlassen, die besagt, der Mörder des Generals Obregon habe eingestanden, daß der Beweggrund seines Verbrechens religiöser Fanatismus gewesen sei. Präsident Calles versichert, das in den Händen der Regierung befindliche Beweismaterial zeige, daß eine „Revolutionäre Aktion“ in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tat stehe. Am Schluß der Erklärung heißt es, die Regierung werde auch weiter verfassungsmäßige Methoden befolgen. Dies wird dahin ausgelegt, Präsident Calles beabsichtige nicht, eine weitere Amtsperiode Präsident zu bleiben. Eine Anzahl weiterer Verhaftungen erfolgte.

Der Korrespondent der „Morning Post“ in Rom meldet: Die Ermordung des Generals Obregon wird einen ernsten Rückschlag für die Bemühungen bedeuten, den religiösen Fanatismus in Mexiko wiederherzustellen. Ich erfahre, daß General Obregon versprochen hatte, die Haltung der mexikanischen Regierung zur katholischen Kirche unter Bedingungen, die vom Erzbischof Luigi B. Flores nach Rom überbracht worden waren, einer weitgehenden Revision zu unterziehen. Ich erfahre weiter, daß die Verhandlungen zu Ende geführt waren und daß ein sehr wichtiges Abkommen erzielt wurde.

Der Mörder Obregons

W. B. Mexiko, 18. Juli. (Tel.) Die Polizei teilt mit, daß José de Leon-Torral, der den Präsidenten Obregon erschoss, vor sechs Monaten aus Guadaluajara nach der Stadt Mexiko kam, um Arbeit zu suchen. Er ist 23 Jahre alt und hat eine Kunstschule besucht. Die Polizei fand bei ihm einen Kopfschmerz und ein Bildnis des Priesters Miguel Augustin, der nach dem Bombenanschlag auf General Obregon im November vorigen Jahres hingerichtet worden war. Die Polizei teilt ferner mit, der Gefangene habe bisher nicht zugegeben, daß er Mithilfe gehabt habe. Die Frau und die Mutter des Mörders sind ebenfalls verhaftet worden.

Im österreichischen Nationalrat, der sich am Mittwoch bis zum September vertagt, hielt Präsident Niklas eine Ansprache, in der er die deutschen Sänger und Gäste willkommen hieß und ihnen den herzlichsten Gruß der Deutschen Österreichs entbot. (Großer Beifall.) Zudem wir alle dem großen deutschen Völkerverbund wünschen, geben wir der Erwartung Ausdruck, daß der würdige Verlauf nicht nur Österreich zur Ehre gereiche, sondern auch der ganzen Welt den Wohlklang, die Ehre und Größe des deutschen Namens künden möge. Die Ansprache des Präsidenten wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Eröffnung des Brenner-Tunnels. Mittwoch vormittag wurde auf dem spanischen Grenzbahnhof Canfranc in Anwesenheit des Königs von Spanien und des Präsidenten der französischen Republik der Brenner-Tunnel von Somport feierlich eröffnet, der zwischen den Städten Pau und Saragossa die erste nicht unter Umgehung der Brenneren hergestellte französisch-spanische Eisenbahnverbindung schafft. Bei einem anschließenden Frühstück hielten König Alfons und Präsident Doumergue längere Ansprachen. König Alfons unternahm hierauf mit dem Präsidenten eine Fahrt auf der neuen Strecke bis Forges d'Arles, dem ersten Ort auf der französischen Seite des Tunnels.

* Die Unfälle bei der Reichsbahn

Wir haben schon manchen heißen Sommer erlebt, aber wir entsinnen uns nicht eines Sommers, in welchem sich so viele Eisenbahnunfälle ereignet hätten wie in diesem. Die Öffentlichkeit ist begreiflicherweise über diese Häufung sehr erregt, und auch die Parteien des bayerischen Landtags, also des Landes, in welchem bisher die schwersten Unglücksfälle passierten, haben Interpellationen eingebracht.

Gewiß sind wohl die meisten Menschen, welche die Reichsbahn benutzen, aus dienftlichen oder geschäftlichen Gründen auf die Benutzung dieses Verkehrsmittels angewiesen. Ihnen bleibt keine andere Wahl. Aber daneben gibt es doch Tausende und Abertausende, denen die Freiheit der Entschliebung gelassen ist; und von diesen werden sich viele hüten, ein Verkehrsmittel zu benutzen, dessen Gefährlichkeit ihrer Meinung nach besonders groß ist. Das gilt auch für die Ausländer, von denen viele durch die zahlreichen Eisenbahnunfälle in Deutschland abgehalten werden, uns zu besuchen. Das sind höchst unerwünschte Erscheinungen. Sie drücken finanziell auf die Rentabilität des Unternehmens, und sie schaden moralisch dem guten Ruf der deutschen Technik und der deutschen Behörden.

Man ist also gezwungen, sie mit dem größten Ernst zu betrachten. Und allem Anschein nach sieht auch die Reichsbahngesellschaft diesen Ernst vollkommen ein. Verglichen mit der Zahl der sicher ihr Ziel erreichenden Züge, ist natürlich die Zahl der verunglückten oder von Unfällen betroffenen Züge auch jetzt noch gering. Aber, da die Reichsbahn — grundsätzlich wenigstens — dem Reisenden die absolute Sicherheit garantieren möchte, ist schon ein einziges Eisenbahnunglück größeren Umfangs geeignet, Befremdungen hervorzurufen. Wenn sich aber in verhältnismäßig kurzer Zeit derartige Vorfälle häufen, dann muß das schließlich auch auf die Lust zu reisen ungünstig einwirken.

Zudem wird der kritische Zeitungsleser sich ja nicht nur an die Meldungen halten, die von einem schweren Unglück berichten, sondern auch an die Meldungen, die von leichteren Störungen und Unfällen erzählen. Der Zeitungsleser weiß ganz genau, daß es lediglich ein glücklicher Zufall war, der bei diesen leichteren Fällen ein großes Unglück verhindert hat. Das letzte Eisenbahnunglück beim Münchner Hauptbahnhof ist ja schon traurig genug. Aber was soll man sagen, wenn man dann noch liest, daß zur selben Zeit nur durch besonders glückliche Umstände zwei weitere schwere Unglücksfälle vermieden worden sind, indem man noch rechtzeitig das Auseinanderreißen von zwei Zügen bemerkte. Der Zeitungsleser wird sich fragen, wie es überhaupt möglich ist, daß zwei Züge auseinanderreißen können. Und er wird auf Grund all der Unfallmeldungen der letzten Zeit zu der Auffassung gelangen, daß in dem Betrieb der Reichsbahn irgend etwas nicht stimmen muß. Vielleicht wird er sich auch daran erinnern, daß seit dem Dawes-Abkommen die Reichsbahngesellschaft ein selbständiges Unternehmen ist und nur noch in sehr looser Form einer Art Aufsichtsrat der Reichsregierung untersteht. Es muß auffallen, daß gerade seit dieser Ver selbständigung der Reichsbahn die Sicherheit des Reisens abgenommen hat.

Bevor man ganz bestimmte Vorwürfe erhebt, wird man in aller Ruhe untersuchen müssen, welche Umstände jeweils zu den Eisenbahnunfällen der letzten Wochen geführt haben. Die Gründe waren mannigfaltig. Das eine Mal war die Geschwindigkeit des Zuges in der Kurve zu groß (Siegersdorf), das andere Mal sind die Signale nicht richtig bedient worden (Münchener Hauptbahnhof). Weiterhin wird davon gesprochen, daß der Unterbau hier und da sehr zu wünschen übrig lasse. Ein Veräumnis bedenklicher Art ist es, daß noch immer nicht an allen solchen Stellen, wo Straßen die Bahngeleise kreuzen, und durch die Terrainverhältnisse ein freier Überblick über die Bahnstrecke unmöglich gemacht wird, Schranken errichtet sind. Das schwere Unglück im Südburg, wo ein Zug in einen großen Autobus hineinfuhr, hätte vermieden werden können, wenn dort eine Schranke gewesen wäre.

Beklagt wird von seiten der unteren Beamten und Bahnbediensteten über die Überanstrengung des Personals, eine Überanstrengung, die jetzt bei der großen Hitze um so gefährlicher ist. Es wird behauptet, daß man

hier ein ganz falsches Sparsystem anzuwenden, dringend notwendige Stellen gestrichen habe und dann bei erhöhtem Verkehr mit einem Ersatz arbeite, der nicht genügend gesichert sei. Diese Behauptung ist jedenfalls aufs gründlichste zu prüfen. Kein Mensch würde es verstehen, wenn die Reichsbahngesellschaft, die ihren hohen und höchsten Beamten riesige Gehälter zahlt, nach unten hin durch zu große Sparbarkeit die Sicherheit des Reisens verringerte.

Untersucht werden müßte auch schließlich die Frage, welche Rolle der Alkohol bei derartigen Unglücksfällen gespielt hat. Schon oft ist darauf hingewiesen worden, wie notwendig es sei, allenthalben in ganz Deutschland, d. h. überall dort, wo ein Ausschank von Getränken erfolgt, für billige und schmackhafte alkoholfreie Getränke zu sorgen. Auf übermüdete Menschen hat bei dieser Gabe der Alkohol (und übrigens auch starker Kaffee) eine höchst ungünstige Wirkung: die Lebenskraft wird zwar für eine Weile wieder geweckt, dann aber folgt ein Zustand noch schlimmerer Abspannung; und in diesem Zustand, der meistens durch eine Art Halbschlaf gekennzeichnet ist, läßt dann nur zu leicht die Wachsamkeit der Nerven nach.

Bei der Hitze muß man natürlich auch im Dienst gelegentlich etwas trinken können. Überall sollte dafür gesorgt sein, daß dem Dürstenden zu billigen Preisen ein wirklich erfrischendes und giffreies Getränk zur Verfügung steht. Wir bezahlen den fragwürdigen Genuß des Alkohols und des Kaffees ohnehin mit Unsummen, die an anderem Plage besser verwendet werden könnten, und mit unserer Gesundheit. Wenn dieser Genuß aber auch noch unmittelbar den Tod von Mitmenschen verschulden sollte, dann ist gegen ihn mit aller Rücksichtslosigkeit einzuschreiten.

Sache der Reichsbahngesellschaft wird es sein, alle diese Umstände und noch einige, die wir vielleicht vergessen haben, zu prüfen und aus dieser Prüfung die nötigen praktischen Schlussfolgerungen zu ziehen. Höchste Zeit ist es jedenfalls, daß dem reisenden Publikum des Inlands und des Auslands wieder ein größeres Vertrauen zur Sicherheit unseres Eisenbahnverkehrs beigebracht wird.

Max Holz verläßt das Zuchthaus

Max Holz hat Mittwoch abend 8 Uhr das Zuchthaus Sonnenburg verlassen und ist in Begleitung seines Verteidigers, Dr. Apfel, im Auto abgereist. Irgendwelche politische Demonstrationen sind nicht vorgekommen. Der vierte Strafenat des Reichsgerichts hat über den Haftunterbrechungsantrag der Verteidigung einen Beschluß gefaßt, nach dem der Verurteilte ohne Verzug wieder in den Strafgefängnis eintritt. Das eingeleitete Wiederaufnahmeverfahren geht unabhängig hiervon weiter. Das „A. L.“ meldet: Nach dem Wortlaut des Amnestiegesetzes hätte Holz dieser Tage aus dem Zuchthaus Sonnenburg in ein Gefängnis übergeführt werden müssen, um dort den Rest der durch die Amnestie auf 7½ Jahre festgesetzten Freiheitsstrafe zu verbüßen. In längeren Konferenzen im Reichsjustizministerium hat der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Apfel, auf die Undurchführbarkeit des ganzen Falles hingewiesen, die zur Folge hat, daß eine für Holz offenbar nicht mehr gerechtfertigte Strafe aus formalen Gründen weiter vollstreckt werde, weiter darauf, daß Holz' Gesundheit unter den Erregungen der letzten Zeit stark gelitten habe.

Zu den Sparmaßnahmen der Reichspost. Gegenüber der Meldung, daß ein abschließendes Gutachten betr. die Sparmaßnahmen bei der Reichspost vorliege, erfahren wir, daß es sich zunächst nur um ein Teilsutachten handelt.

Mosauer Gefängnisurteil gegen einen Deutschen. Das „A. L.“ meldet aus Moskau: Das oberste Militärgericht in Moskau verurteilte den deutschen Staatsangehörigen Bartsch wegen Wirtschaftsspionage und Konterrevolution zu drei Jahren Gefängnis, die auf ein Jahr herabgesetzt wurde.

Die Unglücksserie bei der Reichsbahn

Das „A. L.“ macht angesichts der sich häufenden schweren Eisenbahnunfälle den Vorschlag auf Bildung eines Untersuchungsausschusses für die Reichsbahn. Es heißt in dem Blatt:

Die Unfälle auf der Deutschen Reichsbahn haben sich so bedenklich gehäuft, daß die Reichsregierung sich entschlossen hat, gemeinsam mit der Verwaltung der Reichsbahn A. G. „die in Frage kommenden Verhältnisse vollständig zu klären“, wobei der Ton auf den Worten „vollständig“ liegt. Wie kann aber eine vollständige Klärung erzielt werden? Die Reichsbahn ist in diesem Sinne die Angeschuldigte. Es gilt, die Einsetzung einer Untersuchungskommission vorzuschlagen, die die Betriebsunfälle der Reichsbahn und alle damit in Zusammenhang stehenden Fragen, objektiv zu prüfen hat und die sich aus Männern von anerkanntem Ruf zusammensetzt. Es gibt in Deutschland Techniker, Fachleute im Eisenbahnbauwesen und erfahrene Parlamentarier, die ihre Namen für eine sachliche, unabhängige und überzeugende Durchführung dieser notwendigen Untersuchung hergeben. Der Wert einer solchen Kommission liegt darin, daß alle politischen Gegensätze ausgeschieden und nur die sachlichen Notwendigkeiten geprüft werden. Niemand aber hat ein größeres Interesse an einer solchen Untersuchung als die Reichsbahn selbst. Sie gewinnt an Ansehen, wenn ihre Verwaltung die Proben dieser Untersuchung besteht.

Die „Germania“ bemerkt zu dem Vorschlag: Untersuchungskommissionen haben bei uns im allgemeinen keinen guten Klang, weil ihre Arbeit meist viel zu theoretisch und zu langatmig ist. Aber — trotz alledem — wenn Männer von der Praxis ohne politische Voreingenommenheit der Sache auf den Grund gehen, dann ist der Gedanke einer solchen Kommission nicht der schlechteste.

Der schwere Eisenbahnunfall auf dem Hauptbahnhof München hat dem Reichsverkehrsminister Anlaß gegeben, sich sofort mit dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn ins Benehmen zu setzen, um die in Frage kommenden Verhältnisse vollständig zu klären und über die etwa erforderlichen Maßnahmen Übereinstimmung zu erzielen.

Der Zentrumsabgeordnete Derrsch hat morgen seinen 80. Geburtstag. Er ist Westfale, kam 1889 zum erstenmal in den Reichstag. Der Reichspräsident hat ihm ein Glückwunschtelegramm zugehen lassen. Reichskanzler Müller hat ihm ein Glückwunschtelegramm geschickt, in dem es heißt: „Du dem Tage, an dem Sie auf 80 Jahre eines an Erfolgen überaus reichen Lebens zurückschauen, spreche ich Ihnen, zugleich im Namen der Reichsregierung, herzlichste und aufrichtigste Glückwünsche aus. Mit Dank gedenke ich der Verdienste, die Sie sich in fast 40jähriger parlamentarischer Tätigkeit als preußischer Landtagsabgeordneter und als Mitglied des Reichstages mit aller Hingabe und mit vollem Einsatz Ihrer hohen Fähigkeiten um das Vaterland erworben haben.“

Roffe, Schall und Fohbauer freigelassen. Roffe, Schall und Fohbauer verließen Dienstag abend in zwei Autos das Gefängnis in Colmar. Roffe begab sich in seine Wohnung, während Fohbauer und Schall nach Straßburg fuhren. Eine zahlreiche Menschenmenge hatte sich vor dem Gefängnis angesammelt, doch kam es zu keinem Zwischenfall.

Der tschechoslowakische Finanzminister hat sein Abschiedsgesuch überreicht. Den letzten Anstoß zu diesem Schritt, vom schon seit längerer Zeit gesprochen wird, soll der Gegensatz zwischen dem Finanzminister und der tschechoslowakischen Agrarpartei wegen der von der letzteren angeführten Erhöhung der Viehsteuern sowie ein scharfer Artikel des Parteiorgans gegen den Minister gegeben haben.

Zur englischen Industrie- und Schutzpolitik. Dem Parlamentsberichterstatter der „Daily News“ zufolge beschloß das englische Kabinett, dem Erfinden einer Anzahl konservativer Parlamentsmitglieder um Ausdehnung der Industrie- und Schutzpolitik auf Eisen- und Stahlwaren nicht statzugeben.

Die englische Arbeiterpartei und die Arbeitslosigkeit. Die Arbeiterpartei hat, wie aus London gemeldet wird, beschloßen, ein Tadelsvotum gegen die von der Regierung gegenüber der Arbeitslosigkeit eingenommene Haltung im Unterhaus einzubringen. Die Debatte darüber findet voraussichtlich am 24. d. M. statt.

Die Verhaftungen in Spanien. Die spanische Liga für Menschenrechte bezieht die in den letzten Tagen in Spanien vorgenommenen Verhaftungen auf über 1000. Auf Madrid und Barcelona entfallen davon 450.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuß und Dr. Marum

Dr. Marum, der seit 9 Jahren im Haushaltsausschuß des Badischen Landtags den Vorsitz führte, hat in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses am Dienstag infolge Kandidatenniederlegung die Stelle des Vorsitzenden im Haushaltsausschuß ebenfalls niedergelegt. — Dr. Marum dankte für das Vertrauen, das ihm in seiner Geschäftsführung entgegengebracht wurde. Dr. Baumgartner (Zentr.) hob hervor, welche außerordentlich große Arbeit Dr. Marum im Haushalt geleistet habe und sprach dem scheidenden Kollegen den wärmsten Dank aus. Zum Nachfolger im Vorsitz des Haushaltsausschusses wurde Abg. Rüdert (Soz.) gewählt.

Das Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung Heidelberg

Da mehrfach in letzter Zeit irrtümliche Angaben in der Presse erschienen sind, teilt die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften folgendes mit:

Die Gesellschaft errichtet in Heidelberg ein Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung, das als ein Zentralinstitut für die Zusammenfassung von physikalischer, chemischer und physiologischer mit der klinischen Forschung gedacht ist. Das Institut soll hervorragenden Gelehrten Gelegenheit geben in nächster Zusammenfassung mit klinischen Instituten auf medizinischem Gebiet zu arbeiten.

Als Leiter des pathologischen Teil-Instituts ist der Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. v. Krehl, Senator der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ausersehen. Er ist ein Schüler von Carl Ludwig und klinisch von Leberich Wagner und Heinrich Curschmann. Als Patholog arbeitete er in Jena und Marburg, als Kliniker in Greifswald, Tübingen, Straßburg und Heidelberg, wo er gebürtig ist. Er kann als Nachfolger von Bernhard Kaunth in Straßburg, als sein Fortsetzer in der Auffassung der Krankheitsvorgänge und als der Weiterbildner der klinischen Auffassungen in diesem Sinne gelten.

Zum Leiter des physikalischen Teil-Instituts ist Dr. R. W. Krause ernannt worden. Dieser, ein Schüler des Heidelberger Physikers Renard war von 1913—16 Assistent in Danzig, ging dann in die Industrie über, wo er bis 1919 bei der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, Telefunken tätig war und seitdem als Laboratoriumsleiter im Wernerwerk der Siemens u. Halske A. G. meist auf optischem, metallographischem Gebiet, über technische Elektronenröhren und biologisch-physikalische Strahlungsfragen arbeitet.

Die Leitung des chemischen Teil-Instituts wird Prof. Dr. Kuhn übernehmen. Als Schüler und Assistent von Richard Willstätter, München, promovierte er 1922 mit einer Untersuchung „Über Spezialität der Enzyme“. 1925 wurde ihm an der Münchener Universität die venia legendi für Chemie verliehen, und schon im folgenden Jahre wurde er zum o. Prof. für allgemeine und analytische Chemie an der Eidgen. Techn. Hochschule in Zürich ernannt. Diesen Wirkungskreis wird er wegen seiner Verknüpfung mit dem Kaiser-Wilhelm-Institut aufgeben, nachdem er in diesem Jahre einen Ruf, als Direktor des Chem. Instituts an die Universität Leipzig zu kommen, aus demselben Grunde abgelehnt hat.

Das physikalische Teil-Institut erhält in dem bisherigen wissenschaftlichen Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biologie, Prof. Dr. D. Meyerhof, ihren Leiter. Otto Meyerhof habilitierte sich, nachdem er 1909 in Heidelberg den medizinischen Doktorgrad erlangt hatte, in Kiel als Privatdozent und erhielt 1918 den Professorentitel. Seit 1924 arbeitet er am Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie auf den Gebieten der allgemeinen Physiologie und Biochemie. 1928 erhielt er den medizinischen Nobelpreis für Arbeiten über die Energieumwandlungen im Muskel. Er ist Ehrenmitglied zahlreicher ausländischer Gesellschaften u. a. auch Ehrendoktor der Universität Göttingen.

Deutsche Kammermusik B.-Baden 1928

Schon Donaueschingen, in seinen ersten Anfängen nur die radikale kleine Gruppe der jungen Musikergeneration fördernd, hat im Lauf der Jahre sich auf eine breitere Basis und auf Zielbewußt allgemeinerer Politik umgestellt. Das Programm wurde Sommer für Sommer dahin erweitert, daß man auf alles, was irgendwie dem Gefühl der Zeitlage entgegenkam, Rücksicht nahm, und daß man den verschiedenartigsten Spielarten des neuen Kammermusikstils stets mehr Raum gönnte. Auch die Baden-Badener Feste haben an dieser mit großer Energie betriebenen Zielsetzung nichts geändert. Deshalb blieb ihnen sowohl die enger verbundene Donaueschingener Gemeinde treu, aus dem gleichen Grunde konnten sie sich jedoch ebenfalls ihre Sonderbedeutung unter sämtlichen jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen absolut bewahren. Wenn man bedenkt, daß trotz drückender Schürle sich auch diesmal wieder fast die gesamte Fachkritik sowie viele in- und ausländische Künstler sich im Dostal eingefunden hatten, so zeigt dies zur Genüge, welche großes Interesse alle diejenigen, die „cupidi novarum rerum“ sind, den von so schöpferischen Talenten wie Heinrich Burckard, Josef Haas und Paul Hindemith im Keim, aber aktivsten Musikauschuß gereiften Absichten entgegenbringen.

Es wurde allerdings heuer verschiedenes von der Programmtafel noch in letzter Stunde weggerafft und dadurch das äußere Resultat vielleicht nicht so überzeugend, wie man es gewöhnlicherweise erwartet hatte, dennoch wäre es falsch, ein positives Ergebnis überhaupt wegzuleugnen. Schon die beiden Konzerte, die sich nur auf Orgel- und Vokalcompositionen beschränkten, gaben dem Erproben neuer musikalischer Möglichkeiten kräftigen Anstoß. Mit der These der Orgelmusik, d. h. mit dem Problem, für dies mechanische Instrument, das seit Regers Tod ein Epigonendasein fristet, einen entwicklungsfähigen Konzerttyp zu schaffen, fand sich Philipp Jarnach wohl am besten ab; sein „Romanzetto Nr. 3“ ist ein ausgezeichnetes Vortragsstück und dabei ganz aus der modernen Form und Einwirkung geboren. Den richtigen Maßstab für Felix Finkes Fantasia und Fuge über den Choral „Aus tiefer Not“ liefert ein Vergleich mit Regers, der ja auch schon eine ähnlich dramatische Ablaufbahn angestrebt hat, ohne in dessen zu so großzügiger und leicht überschaubarer Architektur zu gelangen. Erinnerung diese beiden Werke noch stark an den Kultcharakter des Instrumentes und tasteten sich deshalb recht vorsichtig von den überlieferten Grundlagen in künstlerisches Neuland, so

versuchten andererseits Hans Dampert (Orgel-Sonate) und Ernst Repping (Choralvorspiele in Suitenform) eine Erweiterung der Ausdrucksbreite durch desto rücksichtlosere „horizontale“ Konstruktion. Man konnte zwar weder das eine noch das andere Wert als orgelmäßig empfinden, kam aber doch gegenüber der formalistischen Schreibweise Reppings zu dem Eindruck, einem jungen Paderborner Organisten, zu dem Eindruck, daß seine drei Sätze eines ursprünglichen Spieltriebs nicht ganz entbehren. Hervorragende Interpreten dieser Werke waren Kurt Ull (Frag) und Heinrich Voll (Köln).

Das zweite Lösungswort des Jahres lautete „Kantate“. Das uvalte „Eingestück“ als kammermusikalische Volkskunst wieder aufleben zu lassen, gelang im Rahmen der offiziellen Konzerte — die Kantate „Frau Musica“, von Paul Hindemith, nämlich, die bei einer offenen Singstunde der Musikantengilde zur Aufführung kam, überzeugte durch ihre völlige Schlichtheit doch weit mehr! — Hugo Herrmann, relativ am besten. Seine zu diesem op. 44 vereinigten vier Morgensterngedichte entzülten infolge ihres aparten Chorlängs, sind sehr wichtig in der Instrumentalbegleitung (Flöte, Saxophon und Kontrabaß) und haben jedenfalls den großen Vorzug, trotz aller naheliegenden Parodie (die Texte entstammen der „Galgenglieder“-Sammlung), wirklich künstlerisches Niveau zu wahren. Eine zweite Morgenstern-Kantate, die sich „Hymnen für Sopran und Kammerorchester“ nannte, verblühte dagegen ziemlich rasch. Dem Jungschweizer Erhart Ermatinger schien überdies garnicht viel daran gelegen, die spezifischen Merkmale eines wirkungsvollen Vokalstükes auszunutzen, sonst hätte er kaum die Solostimme zu einem weiteren Bestandteil des schon an sich spröde genug behandelten, Instrumentalensemble begnadigt. In Darius Milhauds „Mädchen des verlorenen Sohnes“, das eigentlich gar keine Kantate, sondern ein kleines Drama in drei Akten ist, lernte man eine Schöpfung von typisch impressionistischer Kühnheit, aber echt französischen Stimmungsreizen kennen. Die artistischen Nuancen sind freilich vorwiegend in der raffinierten Orchestration zu suchen, während das Soloquartett, in monotoner Deklamation gehalten, bald leerläuft. Einen Riesenerfolg trug endlich Josef Matthias Hauer davon, der ob seiner „Avolltionemusik“-Theorie so oft belächelt. Daß jedoch die primitiven Anschauungen, denen er huldigt, künstlerisch absolut lebensfähig sind, das haben diese nach Worten Hindemiths zusammengestellten „Wandlungen“ immerhin einwandfrei gezeigt. Als Produkt eines ersten musikalischen Denkens ist dies Kammerorchester jedenfalls recht hoch zu werten und nimmt auch durch die effektvolle Inszenierung, mit der eine gläubige Künstlerfeste darin den Ge-

heimnissen des Kosmos nachspürt, sehr für sich ein. Solche entmaterialisierte, zu vollkommen objektiver Gestaltlichkeit kristallisierte Klanggebilde sind allerdings ein Einzelakt und nur dann erträglich, wenn ihre Wiedergabe ebenso rein ist. Weil in dieser Beziehung die übrigens unsichtbare Aufführung nicht den geringsten Wunsch offen ließ, war die spontane Begeisterung doppelt erklärlich. Hermann Scherchen als verständnisvoller Begleiter und Hugo Holles Madrigalvereinigung beteiligten sich verdienstermaßen an dem ungeheuren Beifall. Von den übrigen Mitwirkenden bei den diversen Darbietungen sind noch besonders Worte der Anerkennung Clara Witz-Büh, Olga Eschörner-Schramm, sowie Carl Rebus, Emil Osterkamp und Josef Witt zu zollen.

Das Scheffelmuseum Mettnau-Adolfzell des Deutschen Scheffelbundes wurde kürzlich feierlich eröffnet. Nachdem die Stadt Adolfzell das Wohnhaus Scheffels am Bodensee aus dritter Hand zurückgekauft hatte, trat sie mit dem Deutschen Scheffelbund in Verbindung, um durch eine Ausstellung von Erinnerungsstücken diesen herrlichen Dichters dem Andenken Scheffels zu weihen. Der Deutsche Scheffelbund hat nun aus seinem Archiv in den früher vom Dichter bewohnten Räumen eine Ausstellung namentlich solcher Handschriften, Bilder und Gegenstände, die sich auf Scheffels Aufenthalt in Mettnau-Adolfzell beziehen, eingerichtet. Durch Handschriftproben der in früheren Lebensjahren entstandenen Dichtungen wird auch hier ein kurzer Überblick über das Leben des Dichters und sein Werk möglich. Der besondere Reiz dieses Museums geht aber von der Originalität der Räume aus, worin der Dichter selbst gelebt hat und deren Fenster einen herrlichen Ausblick auf See und Untersee, durch Scheffels Eberhard weiterherüber gewordene Landschaft, bieten. Zu dem weniger drüßig bedingten weiteren Überblick über Leben und Werk des Dichters im Deutschen Scheffelmuseum zu Karlsruhe, bildet das Mettnaumuseum eine erfreuliche und wohlgeleitete Ergänzung. Bürgermeister Reich, Adolfzell, begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, insbesondere die Vertreter des Dichters, Margaretha Freifrau von Reichsach-Scheffel und ihr Gemahl, Ed. Freiherrn von Reichsach-Scheffel, der in Erwiderung den Dank der Familie von Scheffel und zugleich des Vorstandes des Deutschen Scheffelbundes an die Stadt Adolfzell aussprach. Der Geschäftsführer des Deutschen Scheffelbundes, Dr. Siegfried, würdigte die Bedeutung des Lebensabstammes, den der Dichter auf der Mettnau verbracht und übergab das Museum dem öffentlichen Besuch.

Ein Bürgermeister vor Gericht

Kochlänge der Inflationzeit

D. 3. Karlsruhe, 19. Juli.

Der Bürgermeister Georg Menges von Gernsbach war durch eine anonyme Anzeige verschiedener Unregelmäßigkeiten während der Inflationzeit verdächtigt worden. Der Fall erregte nicht nur in Gernsbach selbst, sondern darüber hinaus einiges Aufsehen, da der angegriffene Bürgermeister, der heute im 40. Lebensjahre steht, sich im öffentlichen wie privaten Leben allgemeiner Beachtung erfreut. Er beliebt u. a. das Amt des Vorsitzenden des Verbandes badischer Gemeinden. Es konnte darum Herrn Menges nur erwünscht sein, daß die Staatsanwaltschaft ein Verfahren einleitete und die Möglichkeit bot, vor Gericht den Sachverhalt darzustellen. Das gleiche Interesse haben natürlich auch die Stadt Gernsbach und der von Herrn Menges geführte, 1500 Landgemeinden umfassende Verband.

Die Verhandlung vor dem Schöffengericht fand am heutigen Donnerstag unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Dr. Müller statt. Es waren dazu neun Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Die durch den ersten Staatsanwalt Dr. Pfeiffer vertretene Anklage geht dahin, daß der Bürgermeister des Betrugs hinreichend verdächtig sei. Er soll in den Jahren 1922 und 1923 einen Teil der für die Stadt Gernsbach gelauteten Aktien nachträglich an sich gebracht haben, ohne dafür den Gegenwert zu leisten. Dasselbe wird ihm auch bezüglich eines Betrags von 100 Dollar vorgeworfen, der ihm durch Gemeinderatsbeschluss vom 6. Oktober 1922 aus einer Summe von 3600 Dollar, die eben erst gekauft wurden, überlassen worden war. Schließlich soll der Bürgermeister für die Gemeinde Gernsbach vom Reich höhere Zuschüsse zur Beamtenbesoldung und Erwerbslosenunterstützung erwirkt haben, als ihr zustanden. Um dies zu erreichen, sollen dem Bezirksamt bzw. Arbeitsamt falsche Belege vorgelegt worden sein.

Der von Rechtsanwalt Dr. Karum verteidigte Angeklagte ist seit 1. August 1919 Bürgermeister von Gernsbach und war vormals Revisionbeamter beim Staat und bei der Stadtverwaltung Mannheim. Er führt die Beschuldigungen auf gegenseitige Denunziationen zurück und bestreitet in allen Punkten die Berechtigung der Anklage. Als er gemerkt habe, daß die Inflation immer verhängnisvoller wurde, sei er von ernstlicher Sorge darüber erfüllt gewesen, wie die Finanzen der Gemeinde flott gehalten werden könnten. Man habe zunächst Sachwerte aller Art gekauft und sei dann auf seine Initiative auch dazu übergegangen, auch Wertpapiere zu kaufen. Er habe die Geschäfte selbst getätigt und dazu nachträglich auch die Genehmigung des Gemeinderats erhalten. Dabei habe er bei den jeweiligen Aktienkäufen stets von vornherein die Bank unterrichtet, daß so und so viel auf seine eigene Person überschrieben werden sollen. Bei der damaligen Anormalen Zeit habe er nichts darin gefunden, die beiden Interessen miteinander spielen zu lassen, wobei er zugebe, daß dies zu Irrtümern führen konnte. Er sei ordnungsgemäß in den Besitz der Aktien gekommen, und es habe ihm irgendeine schlechte Absicht völlig ferngelegen. Mit den Geschäften des Bürgermeisters sei die Gemeinde gut gefahren. Der Angeklagte erklärt weiter, im Wege eines Bankkredits sei es der Gemeinde möglich geworden, einen größeren Dollarbetrag zu kaufen, von dem ihm, Menges, 100 Dollar überlassen wurden. Diese seien von der Stadtkasse auch abgehoben worden. Den Gegenwert zum Ankauf habe er an die Bank bezahlt. Daraus könne man ihn seinen Vorwurf machen. Auch bezüglich der Zuschüsse zur Beamtenbesoldung und Erwerbslosenunterstützung habe man sich durchaus im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gehalten.

Über das Betriebsergebnis der Bad. Lokaleisenbahnen

teilt der 29. Geschäftsbericht der Bad. Lokaleisenbahn A.-G. für das Jahr 1927 mit:

Entsprechend der allgemein günstigeren Geschäftslage stiegen die Einnahmen um 27 755 RM, während die Ausgaben infolge der höheren Betriebsleistungen um 32 503 RM anwuchsen. Die Ausgaben für Zinsen stiegen wiederum nicht unerheblich. Es gelang uns, ein Anleihen in Höhe von 750 000 RM unter Bürgschaft des Kreises Karlsruhe aufzunehmen, um die dringendsten Beschaffungen an Betriebsmitteln, Werkzeugmaschinen und Geräten in die Wege zu leiten und einige dringliche Neubauten zu erstellen. Die Instandsetzung der Bahnen machte weiter gute Fortschritte, namentlich ist der Zustand der Schnellzüge befriedigend.

Infolge des schlechten Wetters war der Ausflugsverkehr der Albtalbahn unbedeutend. Der Berufsverkehr und der Güterverkehr nahm stark zu, so daß die Albtalbahn ein befriedigendes Ergebnis gehabt haben würde, wenn nicht die Konkurrenz der Stadt. Kraftomnibusse zwischen Rippurr und Karlsruhe die Einnahmen schätzungsweise um etwa 95 000 RM geschädigt hätte. Die Nebenbahn Bruchsal-Silsbach-Menzingen arbeitete infolge der Verkehrssteigerung, namentlich im Güterverkehr, günstiger. Der Güterverkehr auf der Wäldertalbahn, der fast ausschließlich in Holz besteht, nahm erheblich zu, so daß ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden konnte. Die Nebenbahn Redarbitzshausen-Süßenhardt schließt mit einem Verlust von 13 807 RM ab, so daß das Ergebnis sich immerhin, verglichen mit dem des Jahres 1926, um rund 27 000 RM verbessert hat. Da diese Bahn außerhalb des Kreises Karlsruhe liegt, wurde, wie im Vorjahr bereits berichtet, der Plan, diese Bahn stillzulegen, in welchen der Kreis Heidelberg daraufhin zu Verhandlungen, in welchen der Kreis Heidelberg zusammen mit den an der Bahn gelegenen Gemeinden sich verpflichtete, Zuschüsse bis zur Höhe von 12 000 RM für diese Bahn jährlich zu leisten, und zwar mit Wirkung ab 1926 einschließlich. Da der Güterverkehr auf der Nebenbahn Wiesloch-Medesheim-Waldbangelloch stark wuchs, ist das Ergebnis dieser Bahn für das Jahr 1927 befriedigend.

Die Aussichten des Jahres 1928 sind schwer zu übersehen. Mit Sicherheit wird eine erhebliche Steigerung der Ausgaben eintreten, da die Gehälter und Löhne stark anwachsen, die Kohlenpreise steigen und die vollen Zinsen für das neue Anleihen zu tragen sind. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres demgegenüber die Einnahmen nicht unerheblich. Gleichwohl waren wir genötigt, eine Tarifserhöhung im Binnenpersonenverkehr vorzunehmen.

Gemeinde-Rundschau

Die Wohnung des Mannheimer Oberbürgermeisters. Der Bürgerausschuß Mannheim stimmte der Vorlage zu, die die Erstellung einer Dienstwohnung für den neuen Oberbürgermeister Dr. Heimerich vorsieht, da die Villa Reiß, die ursprünglich als Dienstwohnung in Aussicht genommen war, mit 80 000 Reichsmark Aufwand hätte hergerichtet werden müssen. Es soll nun am oberen Luisenpark ein Wohnhaus mit 120 000 Reichsmark erstellt werden. Auf Grund eines Antrages der Deutschen Volkspartei wurde jedoch diese Summe auf 150 000 Reichsmark erhöht, da man der Ansicht war, daß gleich etwas Nützliches gebaut werden sollte. Mit 43 gegen 36 Stimmen wurde dieser erweiterte Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen.

Bürgermeisterwahlen. In Jöhndheim (Ami Tahr) hat eine nachträgliche Prüfung der am Sonntag abgehaltenen Bürgermeisterwahl ergeben, daß Karl Josef Kopf mit 489 Stimmen gewählt ist. Die auf den bisherigen Bürgermeister Drexl entfallenen 261 Stimmen sind nämlich ungültig, da dieser nach dem Gesetz nicht wählbar war. — In Oberlauda ist der seitherige Bürgermeister Eugen Schmitt wiedergewählt worden.

Der Bürgerausschuß in Lörach beschäftigte sich am Montag und Dienstag in zusammen neunstündiger Sitzung mit dem Voranschlag für das Rechnungsjahr 1928. Nach dem Voranschlag belaufen sich die Einnahmen auf 1 506 600 Reichsmark, die Ausgaben auf 2 024 000 Reichsmark. Es bleibt somit ein ungedeckter Aufwand von 517 400 Reichsmark. Zur Deckung dieses Betrags wurde gegenüber dem Vorjahre eine etwas niedrigere Umlage vorgeschlagen, und zwar von 96 Pf. für je 100 RM Steuerwert vom Grundvermögen, von 42 Pf. vom Betriebsvermögen und 6,80 M vom Gewerbevermögen. Diese Herabsetzung der Umlage war hauptsächlich möglich, infolge eines Anwachsens der Steuerkapitalien beim Betriebsvermögen und beim Gewerbevermögen. Der Haushaltsplan wurde sodann mit 87 Stimmen der Demokraten, des Zentrums, der Deutschen Nationalen, der Bürgerlichen Vereinigung und eines Teiles der Grund- und Hausbesitzer, gegen 29 Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und des anderen Teiles der Grund- und Hausbesitzer angenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Biblisches Alter. Am morgigen Tag feiert in geistiger und körperlicher Frische Herr Karl Bergner seinen 90. Geburtstag. Der Jubilar ist trotz seines hohen Alters außerordentlich rüstig, liebt noch ohne Brille und nimmt an den Vorgängen des täglichen Lebens lebhaften Anteil.

Zwei Sonderzüge mit badischen Sängern sind am Mittwoch auf dem Hauptbahnhof nach Wien abgegangen. Der erste brachte 720 Sänger nach Wien; davon waren 420 Sänger von Karlsruhe, 300 von Forstheim. Der zweite beförderte 600 Sänger, die von Offenburg und Umgebung kamen. Eine größere Anzahl Karlsruher Sänger ist schon vor einigen Tagen abgereist.

Von den Verbesserungen im Stadt-, Schlacht- und Viehhof, die der Bürgerausschuß beschloffen hat, ist vor einiger Zeit die Einrichtung von Büroräumlichkeiten für die Händler, der Umbau des einen Portierhauses und die Unterteilung der Grobviehmarkthalle fertiggestellt worden. Dieser Lage wurde nun auch die neue Kalbbaunewiese dem Betrieb übergeben. Die Anlage ist nach den neuesten Erfahrungen gebaut und dürfte in technischer und hygienischer Hinsicht eine Musteranlage darstellen. Das Gebäude ist rund 20 Meter lang und 12,50 Meter breit. Im neuen Raum sind 3 Dampfbrühfässer aufgestellt. Die mit besonderem Verfahren aus Kunststein hergestellte und säurefest ausgeführten 40 Kalbbaunewiese und der aus dem gleichen Material bestehende Schwenktrug sind auf mit Scharfeuerlaserplatten verkleideten Betonsockeln verankert. Zur Beseitigung der Dämpfe ist im Dachraum eine elektrische betriebene Entbelungsanlage eingebaut. Der Neubau der Schweinemarkthalle im Viehhof ist bereits im Rohbau fertiggestellt und wird voraussichtlich im Herbst seiner Bestimmung übergeben werden können.

Karlsruher Reitsportverein e. V. In der von General Illmann geleiteten Generalversammlung teilte der Schriftführer, Direktor Dr. Wagner, im Jahresbericht mit, daß die Beteiligung am Reitsport im Jahre begriffen ist, wenn auch leider bisher die Studentenschaft sich als solche noch nicht genügend beteiligt. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch hier, wie in anderen Städten mit Universitäten oder Hochschulen, von den Behörden die erforderliche Unterstützung geleistet werden möchte, damit die Studenten für den anderwärts üblichen verbilligten Preis sich am Reiten beteiligen können. Zum Kassenbericht von Vizepräsident Blumensfeld wird festgestellt, daß das Rechnungsjahr 1927 mit einem leichten Überschuss zum Abschluß gebracht werden konnte. Der Preis für die Reitstunden selbst sowie für die Pension von Reitpferden deckt allein die Ausgaben nicht, weil die Reitstunden zu niedrig als irgend denkbar berechnet werden. Sie sind hier billiger als in den meisten anderen deutschen Plätzen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß der Verein in der Reitbahn einen eigenen Telefonanschluß unter der Nummer 7213 eingerichtet hat. Bei der Wahl des Vorstands waren einige Ersatzwahlen notwendig, bei denen die Herren Rechtsanwält Dr. Richard Haas, Fabrikant Eugen Wimpfheimer, Direktor Wüthel und Ernst Wermagen als Beisitzer neben dem bisherigen übrigen Vorstand einstimmig gewählt wurden.

Das übermäßig schnelle Fahren ist vielfach die Ursache schwerer Unfälle. In Karlsruhe wurden gestern 13 Kraftfahrzeugführer, darunter 5 Motorradfahrer, wegen zu schnellen Fahrens im Stadtgebiet angezeigt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Temperaturen stiegen gestern bei vorwiegend heiterem Wetter wieder etwas höher als am Vortag. Nachts trat erhebliche Abkühlung ein (Temperaturminimum in der Ebene 12-13 Grad). Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern erheblich geändert. Der inzwischen verbliebte Hochdruckkeil zwar noch von England bis nach Polen, doch beginnt ein über Finnland angelegtes Tiefdruckgebiet seinen Einfluß auf unsere Bitterung bereits auszuüben. Da das über Deutschland gestern noch gelegene Tiefhoch wirkungslos geworden ist, steht daher anhaltende Zufuhr kühler Luft durch aufsteigende Westwinde und wolkiges Wetter bevor. Der Wetterumschlag wird voraussichtlich heute durch Gewitter eingeleitet werden. — Voraussage: kühl und wolkig bei aufsteigenden Westwinden, später zeitweise Regen.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. 3. Freiburg, 19. Juli. Bei einer Wahlbeteiligung von 69,3 Proz. zeitigten die Freiburger Studentenwahlen folgendes Ergebnis: Liste 1, katholische Studentenschaft, 945 Stimmen, Liste 2, Freie Hochschulgruppe, 485; Liste 3, Nationalsozialistische Studentengruppe, 107; Liste 4, Großdeutsche Studentengemeinschaft und nationale freie Studentenschaft, 1048. Danach entfallen die Sitze folgendermaßen: Liste 1: 9 Sitze, Liste 2: 5 Sitze, Liste 3: 1 Sitz, Liste 4: 2 Sitze. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Listen 1 und 2 zu einer sogenannten Bittvereinerung zusammengeschlossen sind zwecks Vermeidung der Reststimmen. Die Verrechnung ist nach dem System des Verhältniswahlrechtes erfolgt.

ld. Ortenberg bei Offenburg, 18. Juli. Am letzten Sonntag wurde hier das Denkmal für die im Weltkrieg gefallenen Söhne der Gemeinde eingeweiht, das vor der Kirche unter mächtigen Kastanienbäumen einen stimmungsvollen Platz erhalten hat. Das Denkmal, ein Frontsoldat mit Gewehr bei Fuß, ist etwas über 3 Meter hoch und aus einem Block Kirchheimer Mischelfall herausgearbeitet. Es stammt von dem Karlsruher Bildhauer Hermann Frey. Bürgermeister Glattfelder hielt die Gedächtnisrede. Eine Reihe von Kränzen wurden an dem Denkmal niedergelegt.

ld. Weil-Leopoldsdorf, 18. Juli. An der Hünninger Schiffsbrücke wurden am Mittwoch morgen von zwei talwärts treibenden Rheinfähren, die beim Ausfahren aus dem Bassler Hafen die Kurve etwas zu weit genommen hatten, und die deshalb mit voller Wucht an die Brücke anknüpften, drei aus je zwei Pontons zusammengesetzte Joche der Brücke weggerissen. Zwei konnten erst bei Rembs, das dritte bei Itzen zum Stillstand gebracht werden. Wegen des Reißens der Schiffsbrücke mußte der dringendste Wagenverkehr zwischen dem Elsch und der Schweiz über Basel geleitet werden. Für den Personenverkehr wurde die Eisenbahnbrücke bei Hünningen freigegeben.

W. Landau, 18. Juli. Zur Verhaftung des Polizeikommissars Bauer aus Zweibrücken verlautet, daß die französischen Polizeibehörden schon der fahrlässigen Unterfuchungsführung bezichtigt haben, Bauer deshalb verhafteten, weil sie in ihm denjenigen sehen wollen, der die Marfstellung des Sachverhaltes verdunkelte. — Im Auftrage der wegen des Maximiliansauer Besatzungszwischenfalles Verurteilten hat Senatspräsident Dr. Fähr Revision beim Revisionsgericht in Mainz eingeleitet.

W. Mainz, 19. Juli. Ein französischer Offizier begab sich in Zivil ins unbesetzte Gebiet. Als er sich in Stuttgart verdächtig machte, wurde er verhaftet. Er gab darauf an, Deserteur zu sein. In seinem Koffer fand man eine französische Uniform und eine Schußwaffe. Ausweispaapiere besaß er nicht. In Stuttgart ließ man ihn wieder frei, weil er angab, wieder zur Armee zurückkehren zu wollen. In Scheibhardt (Wfalz) wurde er wieder festgenommen, als er über die elsässisch-pfälzische Grenze wollte. Bei seiner Vernehmung verwickelte er sich berat in Widersprüche, daß man annimmt, es mit einem erwischten Spion zu tun zu haben.

Friedrich Carl Buk: „Der Italiener“. In buntem Künstlerband, 68 Seiten, Preis 60 Pf. (Verlag Dürck & Weber, Leipzig C. 1, Querstr. 14.) — Dieses mit Humor geschriebene Buch entstammt der Feder eines gründlichen Kenners Italiens. Nur wer mit solcher Liebe zu seiner Aufgabe und mit gleichem Forschergeist in den Stoff eingedrungen ist, konnte so viel Wissenswertes, Amüsantes, Überraschendes zusammentragen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	19. Juli		18. Juli	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.46	168.80	168.50	168.84
Kopenhagen 100 Kr.	111.92	112.14	111.92	112.14
Italien . . . 100 L.	21.935	22.975	21.93	21.97
London . . . 1 Pf.	20.356	20.396	20.352	20.392
New York . . 1 D.	41.845	41.925	41.855	41.935
Paris . . . 100 Fr.	16.385	16.425	16.38	16.42
Schweiz . . . 100 Fr.	80.58	80.74	80.60	80.76
Wien 100 Schilling	59.01	59.13	59.03	59.15
Prag . . . 100 Kr.	12.401	12.421	12.407	12.425

Verschiedenes

Der Tod beim Baden

Nach einer Veröffentlichung der „Sächsischen Zeitung“ sind in der Zeit vom 1. bis 17. Juli 1928 beim Baden im Rhein auf der Strecke von Koblenz bis zum Niederrhein 60 Personen ertrunken, davon 80 allein im Stadtgebiet Köln. — In ganz Schlesien haben innerhalb der letzten Tage nicht weniger als 25 Personen den Tod durch Ertrinken gefunden. — „Petit Journal“ zufolge, sind am Dienstag in Paris und in der Provinz 14 Personen beim Baden ums Leben gekommen.

Todesurteil gegen Hein

Im Prozeß gegen den Raubmörder Hein wurde am Mittwochabend gegen halb 9 Uhr in Koburg das Urteil gefällt. Hein wurde zweimal zum Tode und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, außerdem zu der üblichen Nebenstrafe, der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit.

In der Begründung des zweifachen Todesurteils führte der Vorsitzende u. a. aus: Wenn Hein, der früher ein braver, arbeitssamer Mann war, von einem Verbrechen zum anderen überging, so geschah dies, weil er dem unheilvollen Einfluß seines Freundes Larm unterlegen ist. Hein hat sich aber durchaus nicht so widerwillig an den Straftaten des Larm beteiligt. Er ist in sehr vielen Fällen sogar sehr aktiv dabei tätig gewesen. Das gilt vor allem für die schweren Verbrechen in Klosterlausniz und Ohligs. In Ohligs war er es, der, auf dem Tische stehend, kaltblütig den Beamten von hinten erschoss. Das geschah nach der furchtbaren Tat in Jena. Sein Motiv war nicht Haß gegen die Polizei, sondern in Ohligs und in vielen anderen Fällen rücksichtslos nachher und nachher der Entschluß, ohne Rücksicht auf Menschenleben seine Freiheit zu verteidigen. Von einer Notwehr könne in keiner Weise die Rede sein. Auch an dem Vorfall sei nicht zu zweifeln. Die Überlegung habe das Gericht im Falle Jena verneint. Es habe angenommen, daß der Angeklagte hier verurteilt worden sei. Anders in den Fällen Klauen und Untersternau. Wir können uns in den Streit um die Verbeibaltung der Todesstrafe nicht einmischen, aber auch wer kein begeisterter Anhänger dieser Strafmethode ist, wird sich mit dem Gedanken verbinden, daß es ein Gebot der Gerechtigkeit ist, daß derartige schwere Missetaten eine gerechte Sühne finden. Wir denken an die armen Toten, die der Angeklagte in freblem Wut aus dem Leben, an dem sie ebenso hingewie, wie er, rücksichtslos gerissen hat. Wir denken an die verletzten Beamten, die er kaltblütig zu Krüppeln geschossen hat. Wir denken mit Mitleid an die armen Hinterbliebenen der Getöteten, an die der Angeklagte in seinem rücksichtslosen Egoismus nicht einen Augenblick gedacht hat. Daß mildernde Umstände in diesem Fall nicht am Platze waren, das hat das Schwurgericht ohne weiteres angenommen. — Hein nahm das Todesurteil aufrecht entgegen, ohne eine Spur von Erregung zu zeigen. — Sein Verteidiger, Justizrat Fränkel, wird, wie verlautet, beim Reichsgericht Revision gegen das Urteil einlegen.

Aberschwemmungen an der Arlbergbahn

brachten eine der größten Verkehrsstörungen, die je in Tirol vorgekommen sind. An dem der Bahnstrecke gegenüberliegenden Innufer befinden sich große Sandbänke, die infolge der starken Gewitterregen am Sonntag und Montag ins Rollen gekommen sind. Sie verschütteten den Inn, der sich dort stautete. Der Bahndamm wurde in einer Länge von 80 m unterwaschen. Stellenweise gingen die Gleise frei in der Luft. Ein D-Zug konnte am Montag noch rechtzeitig aufgehalten werden. An der Unglücksstelle wurde ein Umsteigerwehrrichter eingerichtet, der jedoch ziemlich kompliziert ist, da die Passagiere mit ihrem Gepäck über einen halben Kilometer weit gehen müssen. Die Aufräumarbeiten sind im Gange, doch stellte sich heraus, daß das Gleis in einer Länge von rund 150 m ungefähr 10 m weiter in den Berg hin eingebaut werden muß, um weitere Unterwaschungen zu verhindern.

Vorbereitung für einen französischen Ozeanflug
 Paris, 19. Juli (Tel.) Die „Petit Parisien“ berichtet, daß die französischen Flieger de Marnet und Wadenheim gestern abend um 8 Uhr auf dem Flugplatz Le Bourget aufgestiegen, um als Vorbereitung für einen Ozeanflug einen 30-tägigen Probeflug über England, Irland und einen Teil des Ozeans auszuführen. Sie haben 5000 Liter Benzin an Bord und geben heute nacht zwischen 1 und 2 Uhr wieder in Le Bourget zu landen.

Die Katastrophe der „Italia“

Der schwedische Hauptmann Lundborg hat bei seinem Versuch der Biglert-Gruppe über die Strandung der „Italia“ erfahren, ein starker nordöstlicher Wind von 40 Sek.-Meter habe die „Italia“ gegen das Eis heruntergedrückt. In der kritischen Zeit herrschte Nebel. Die Motorengondel stieß zuerst gegen das Eis. Unmittelbar darauf wurde die Vordergondel zertrümmert, und die in ihr befindlichen Personen wurden aufs Eis geschleudert. Der Rest des Luftschiffes verschwand im Nebel. Nachdem das Schiff einige Meilen entfernt war, wurden starke Rauchschwaden bemerkt, die offenbar von einer Explosion herrührten. Die Biglert-Gruppe hält das Luftschiff sowie die auf ihm gebliebene Besatzung für verloren.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Wahl der Beisitzer des Oberversicherungsamts Mannheim.

Gemäß § 31 der Wahlordnung für die Wahl der Beisitzer der Oberversicherungsämter vom 7. Dezember 1927 veröffentlichte ich nachstehend das Ergebnis der Wahl.
 Da für beide Gruppen der zu wählenden Beisitzer nur je eine Vorschlagsliste eingereicht wurde, so gelten die in den beiden Vorschlagslisten gültig Benannten in der Reihenfolge, in welcher sie in der Liste aufgeführt sind, als gewählt, und zwar:

1. Als Vertreter der Arbeitgeber

1. Strauß, Ludwig, Geschäftsführer, Mannheim, Industrie-Str. 35.
2. Davidsohn, Julius, Apotheker, Mannheim, E 3, 14.
3. Ohwald, Wilhelm, Syndikus, Heidelberg, Mönchhofstr. 35.
4. Krebs, Hans, Kaufmann, Mannheim, Otto Beckstr. 45.
5. van der Borcht, Dr. Herbert, Syndikus, Mannheim, Riegschstr. 16.
6. Dachfeld, Willibald, Syndikus, Mannheim, L 8, 5.
7. Bahls, Georg, Syndikus, Heidelberg, Schloßberg 41.
8. Poppel, Dr. Hermann, Syndikus, Mannheim, N 2, 1.
9. Langenbein, Friedrich, Syndikus, Mannheim, Tullastr. 28.
10. Janßen, Selmuß, Geschäftsführer, Mannheim-Neuostheim, Feuerbachstr. 32.
11. Job, August, Kaufmann, Mannheim, P 1, 3 a.
12. Heiler, Alfred, Postinspektor, Mannheim, U 3, 17.
13. Fritz, Karl, Malermstr., Mannheim, Friedrichselder Str. 60.
14. Roth, Karl Aug., Dachbedermstr., Mannheim, U 6, 12.
15. Kalmbacher, Ludw., Zimmermstr., Mannheim, Lenaustr. 12.
16. Apfenleiter, Adam, Installateur u. Spenglermstr., Mannheim, T 1, 11.
17. Eger, Gottfried, Architekt, Mannheim, L 2, 1.
18. Ebb, Heinrich, Baumstr., Mannheim, Kuitsstr. 18.
19. Radert, Hermann, Landwirt, Ladenburg, Karl-Friedrich-Str. 24.
20. Reichle, Josef, Gutspächter, Ebingen, Ebingershof.
21. Mayer II, Friedrich, Landwirt, Großschafen, Breitgasse 61.
22. Kufelien, Eduard, Direktor, Weinheim, Bahnhofstr. 27.
23. Neuhäus, Dr. Alf. Hugo, Fabrikant, Schwetzingen.
24. Altenbach, Albert, Baumstr., Heidelberg, Jähringerstr. 10.

25. Schulze, Dr. Fritz, Zeitungsverleger, Heidelberg, Gaspelgasse 12.
26. Lefereus, jr., Philipp, Fabrikant, Heidelberg, Mönchhofstr. 13.
27. Näher, Georg, Schlossermstr., Heidelberg, Fahrgasse 16.
28. Schwander, Emil, Fabrikant, Duchen.
29. Gebhard, Albert, Gutspächter, Dammhof, Gemeinde Adelshofen.
30. Vent, Emil, Bahnbedienter, Heidelberg, Kaiserstr. 33.

Stellvertreter:

31. Dornheim, Dr. jur., Richard, Syndikus, Mannheim, Kaiserferring 14.
32. Gafelmann, Dr. jur., Dr. phil., Alfred, Syndikus, Weinheim, Büchelshäuser Str. 19.
33. Winterwerb, Heinrich, Fabrikant, Mannheim, Leibnizstr. 7.
34. Sturm, Dr. Hermann, Karl, Prokurist, Mannheim-Waldhof, Sandhofer Str. 112.
35. Mayer-Meinach, Karl, Fabrikant, Mannheim, Lantehstr. 6.
36. Fendel, Fritz, Reedereidirektor, Mannheim, Hafenstr. 6.
37. Gajer, Max, Geschäftsführer, Mannheim, Luisenring 15.
38. Wid, Gust., Fabrikdirektor, Mannheim, Sandhofer Str. 200.
39. Schneider, Georg, Bädermstr., Mannheim, G 7, 8.
40. Gapp, Josef, Elektromstr., Mannheim, S 6, 13.
41. Penninger, Josef, Schneidmstr., Mannheim, P 4, 10.
42. Biesche, Wolf, Glaserstr., Mannheim, Waldhofstr. 16.
43. Krüger, Hermann, Malermstr., Mannheim, Rosengartenstr. 18.
44. Bonn, Karl, Direktor, Mannheim, Beethovenstr. 6.
45. Geinger, Adolf, Hm. Proturist, Mannheim, A 2, 4.
46. Köhl, Johann, Landwirt, Altkühheim.
47. Kippenhan, David, Landwirt und Biergärtner, Riffswieher.
48. Engelhardt, Philipp, Landwirt, Kirchgartenhausen.
49. Bachmayer, Adolf, Fabrikdirektor, Schwetzingen, Hebelstr. 10.
50. Reinhardt, Herbert, Betriebsleiter, Schönau b. S.
51. Klein, Willh., Gutspächter, Seehof, Kreis Rodsbach.
52. Hofmann, Julius, Fabrikdirektor, Heidelberg, Jähringerstr. 25.
53. Knab, Karl, Ziegeleibesitzer, Eberbach, Neuer Weg 3.
54. Verol, Oskar, Fabrikdirektor, Heidelberg, Landfriedstr. 8.
55. Liebowal, Karl, Schneidmstr., Heidelberg, Rittermalerstr. 15.
56. Entenmann, Wilhelm, Kaufmann, Heidelberg, Bergheimerstr. 57.
57. Rudud, Dr. ing., ehrenhalber, Friedrich, Oberbaudirektor, Heidelberg, Rühlstr. 12.
58. Hübner, Dr. Hugo, Brauereidirektor, Rodsbach, Alte Bergsteige.
59. Kraus, Paul, Buchdruckereibesitzer, Heidelberg, Ludwigsplatz 16.
60. Kappes, Karl, Schneidmstr., Wertheim, Brückenstr. 7.

2. Als Vertreter der Versicherten

1. Adermann, Friedrich, Schmied, Mannheim-Käfertal, Bäderweg 38.
2. Klein, Jean, Adam, Schlosser, Heidelberg, M. Mantelgasse 19.
3. Jung, August, Mechaniker, Mannheim, Kuitsstr. 11.
4. Feil, Michael, IX, Gemeindefachangestellter, Nieder-Dierbach (b. Heppenheim).
5. Sildenbrand, Wilhelm, Former, Mannheim-Waldhof, Waldstr. 27.
6. Wendel, Jakob, Gemeindefachangestellter, Ebingen, Schulstr. 26.
7. Sauer, Heinrich, städtischer Arbeiter, Heidelberg, Untere Redarstr. 15.
8. Wigelhum, Anton, Schlosser, Mannheim, U 6, 25.
9. Kiecher, Heinrich, Stukateur, Mannheim, T 2, 13.
10. Ebert, Wilhelm, Lebedarbeiter, Weinheim, Hauptstr. 17.
11. Striehl, Karl, Gummiarbeiter, Mannheim-Redarau, Karpfenstr. 1.
12. Mohr, Karl, Dreher, Mannheim-Waldhof, Waldstr. 10.

Belegung der Vorstandsstelle des Städtischen Vermessungsamts.

Die Stelle des Vorstands des Städt. Vermessungsamts ist durch Tod des derzeitigen Inhabers frei geworden. Sie ist planmäßig und in die Gruppe XI der Stadtbesoldungsordnung eingestuft mit Berücksichtigungsmöglichkeit nach XII. Frühere Dienstjahre können angerechnet werden.
 779
 Bewerbungen aus den Kreisen der badischen Vermessungsbeamten mit abgeschlossener Bildung werden innerhalb 14 Tagen erbeten. Dieselben müssen enthalten:

- a) eine lückenlose Darstellung des Bildungsganges und der seitherigen Laufbahn,
 - b) Angabe des geforderten Besoldungsdienstalters in Gruppe XI der St.V.O.,
 - c) Angabe der Dienstjahre, deren Anrechnung für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung beantragt wird.
- Personliche Vorstellung nur auf Verlangen.
 Der Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden.

Straßenbauarbeiten.

Das Wasser- u. Straßenbauamt erteilt vergibt auf dem Wege des schriftlichen Wettbewerbs nach Maßgabe der Bedingungenverordnung die Arbeiten zur Verbreiterung der Wehratalstraße von Wehr bis Todtmos-Au in 3 Losen.
 Die Arbeiten umfassen:
 Los 1. Länge 3850 m mit 3800 qm Fahrbahnherstellung, Sprengen von etwa 2000 cbm Felsen, Gerstellen von 180 lfdm Dohlen, 53 Einlaufschächte und 2070 qm Rinnenpflaster einschließlich der üblichen Nebenarbeiten.
 Los 2. Länge 4000 m mit 4200 qm Fahrbahnherstellung, Sprengen von 2200 cbm Felsen, Gerstellen von 400 lfdm Dohlen, 60 Stück Einlaufschächte und 2400 qm Rinnenpflaster einschließlich der üblichen Nebenarbeiten.
 Los 3. Länge 2500 m mit 2800 qm Fahrbahnherstellung, Sprengen von 1800 cbm Felsen, Gerstellen von 260 lfdm Dohlen, 40 Stück Einlaufschächte und 1500 qm Rinnenpflaster.

Herstellung von Futtermauern, rechts und links der Bahn, von normalen Bahngängen, von Bahndohlen und sonstiger Entwässerungsanlagen (Beton etwa 2500 cbm, Abtrag und Ausfüllung etwa 5300 cbm) bei km 211,675 bis 212,438 der Hauptbahn Freiburg-Wasel, zwischen Bahnhof Freiburg B. und St. Georgen, auf Grund der Verordnungsordnung (V.O.V.), Ausgabe 1926, öffentlich zu vergeben. Pläne u. Bedingungenheft auf Zimmer 3, Wilhelmstr. 48, zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsvorbrude, sowie

Vorrat. Das Reichsbahnbauamt vermittelt die erforderl. örtl. Beschäftigung. Angebote mit Aufschrift „Verstellung von Futtermauern“, verschlossen und postfrei, bis längstens 28. Juli 1928, 10 Uhr, einzureichen. Zuschlagsfrist 18 August 1928, Freiburg, 14. 7. 28. Reichsbahnbauamt.

Bauarbeiten öffentlich zu vergeben: Los 1 Verfertigung der gewölbten Regenunterführung bei km 3,8/9 zwischen Rodolfszell und Stahringen, Best. 200 m² Erdaushub, 29 m² Abbruch, 96 m² Beton, 68 m² Sichtflächen, 2650 kg Eisen u. dergl. Los 2 Umbau der Regenunterführung bei km 5,8 im Bahnhof Sentenhardt. 180 m² Erdaushub, 124 m² Mauerwerkabbruch, 150 m² Beton, 75 m² Sichtflächen, 1570 kg Eisen und dergl. Bedingnisheft liegt hier zur Einsicht auf. Abgabe der Angebotsvorbrude zum Preis von 0,60 RMV. für jedes Los. Angebote verschlossen mit entsprechender Aufschrift bis zum Eröffnungstermin 4. August 1928 um 10 Uhr einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Konstanz, 18. Juli 1928. Reichsbahnbauamt. 447

N. 432 Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 61: Häfele, Christian Friedrich, Fabrikarbeiter, und Rosa geb. Sämam, Wöfingen. Vertrag vom 10. Juli 1928. Ertrungsgemeinschaft. Wretten, 16. Juli 1928. Amtsgericht.

N. 432 Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 483: Kiegl, Karl Ludwig, Zimmermann in Pfaffenstadt, und Elise geb. Kammerer. Vertrag vom 5. Juli 1928. Gütertrennung. Schwetzingen, 14. Juli 1928. Badisches Amtsgericht I.

Badische Lokal-Eisenbahnen Akt.-Ges.

Bilanz auf den 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	RM	Verbindlichkeiten.	RM	RM
Kasse		2 604,83	Aktienkapital		900 000,—
Wertpapiere		94,10	Anleihschuld.		973 800,—
Bahnanlagen:			Anleihezinßen		4 734,45
Albtalbahn	2 359 514,56		Erneuerungsfonds		89 564,42
Bruchsal-Hilsbach			Konzeßionsmäßige Reserverfonds		21 867,61
Wenzing-Bahn	403 825,37		Bilanzreservefonds		24 852,33
Bühlertalbahn	111 525,45		Abgibtokonto		118 799,35
Redarbischofsheim			Verkehrsschulden		286 189,10
Hilsen-Bahn	214 570,60		Verchiedene Verbindlichkeiten		1 903 301,34
Wiesloch-Redesheim					
Waldangelocher Bahn	597 963,24	3 687 399,22			
Materialvorräte:					
Albtalbahn	346 912,20				
Bruchsal-Hilsbach					
Wenzing-Bahn	13 505,78				
Bühlertalbahn	4 942,76				
Redarbischofsheim					
Hilsen-Bahn	6 178,04				
Wiesloch-Redesheim					
Waldangelocher Bahn	13 455,69	384 994,47			
Verchiedene Ausstände		224 148,29			
Geschäftseinrichtung		1,—			
Gewinn- und Verlustrechnung		23 866,69			
		4 323 108,60			4 323 108,60

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1927.

Soll.	RM	Haben.	RM
Vortrag von 1926		210 360,79	
Anleihezinßen 1927	29 214,—		
Geschäftskosten	22 369,84		
Zinßentkonto	36 111,56		
Betriebszuschuß		20 125,12	
an Albtalbahn			
an Redarbischofsheim-Hilsenharbter Bahn		13 807,09	
		331 988,40	
Verchiedene Verbindlichkeiten:			
Entnahme zur Deckung des Verlustes aus 1926		210 360,79	
Überschuß aus 1927			
Bruchsal-Hilsbach-Wenzing-Bahn		11 598,62	
Bühlertalbahn		22 326,05	
Wiesloch-Redesheim-Waldangelocher Bahn		63 836,25	
Verlust		23 866,69	
		331 988,40	

In der Generalversammlung wurden am 17. Juli die Anträge des Aufsichtsrats einstimmig genehmigt. Der Verlust soll aus vorhandenen Reserven gedeckt werden.
 R. 783

Badische Lokal-Eisenbahnen Akt.-Ges.
 Der Vorstand.